

Münster

Was ist die wichtigste kulturpolitische Herausforderung für Sie in den nächsten drei Jahren?

geschrieben von Cornelia Wilkens

In den nächsten Jahren steht die Gesellschaft und damit auch die Kulturpolitik vor vielen und vielfältigen Herausforderungen; erwähnt seien der Fachkräftemangel, der demografische Wandel oder der (zunehmende) Rechtsruck. Die Bewältigung des Kulturkampfes von rechts wird die Kulturinstitutionen in besonderer Weise fordern. Dieser Kampf manifestiert sich in einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und einer politischen Instrumentalisierung von Kultur, die die kulturelle Vielfalt und die Freiheit der Kunst bedroht.

In den letzten Jahren haben rechtspopulistische Bewegungen und Parteien in vielen Ländern an Einfluss gewonnen. Mit ihrer konservativen und nationalistischen Agenda versuchen sie, die kulturelle Landschaft nach ihren Vorstellungen zu formen. Dies äußert sich in Forderungen nach einer »Leitkultur«, die oft auf homogene, traditionelle Werte und Normen abzielt und eine Ablehnung von Diversität und kultureller Pluralität impliziert. Eine der Haupttaktiken im Kulturkampf von rechts ist die Diskreditierung und Diffamierung von Künstlern und Künstlerinnen, Intellektuellen sowie Kulturinstitutionen, die als zu liberal oder links betrachtet werden. Dies geschieht durch gezielte Angriffe in den sozialen Medien, durch politische Druckausübung und manchmal sogar durch Kürzungen öffentlicher Fördermittel. Solche Angriffe haben nicht nur direkte Auswirkungen auf Betroffene, sondern schaffen ein Klima der Selbstzensur und der Einschränkung der künstlerischen Freiheit.

Die Herausforderung besteht darin, die Unabhängigkeit und Vielfalt der Kultur zu verteidigen und (damit) gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dies erfordert eine aktive Auseinandersetzung mit den Ideen und Argumenten derjenigen, die ein tradiertes Wertesystem vorziehen, sowie eine klare Verteidigung demokratischer Werte wie Meinungsfreiheit, Toleranz und kulturelle Offenheit.

Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft mit den Kulturschaffenden zusammenarbeitet und solidarisch gegen den Kulturkampf von rechts eintritt. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und eine starke demokratische Mobilisierung können kulturelle Vielfalt und die Freiheit der Kunst langfristig gesichert und eine offene und pluralistische Gesellschaft bewahrt werden.

Kulturschaffende müssen sich bewusst sein, dass sie (auch) in einem politischen Kontext agieren und bei ihrer Tätigkeit ihre Unabhängigkeit und Integrität verteidigen. Dies erfordert eine klare Positionierung gegen Diskriminierung, Intoleranz und kulturelle Vereinnahmung sowie eine offene und transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit über ihre Arbeit und Werte.

Kulturpolitik und -förderung sollten daher darauf abzielen, die Zugänglichkeit von Kunst und Kultur für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Eine gezielte Förderung von Projekten und Initiativen soll die Vielfalt und Pluralität der Gesellschaft widerspiegeln und eine Sensibilisierung für die Bedeutung von Kultur als Motor für sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration bewirken.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 5/2024](#).